

Pfannkuch & Co.
Zur Weihnachts-
Bäckerei:

**Weihnachts-
Bäckerei:**

**Hirschhornsalz
Backpulver
Anis
Zimmt
Nelken
Vanillezucker
Vanille in Stangen**

Pfannkuch & Co.

Komme dieser Tage nach
dort und laufe alle

Gebisse,
zahl für jeden brauchbaren
Zahn bis

Mark 600.—
für Sitzzähne ganz enorm
Preis.

Schriftliche Adressenabgabe
an die Geschäftsstelle des
„Enztäler“ erbeten.

**Feldrenn-
Bettbarchent,**
einfach und doppeltbreit, ein-
getrocknet bei

Karl Blaich,
Telefon Nr. 5.

Wir suchen zum sofortigen
Eintritt, einen ledigen, unver-
heirateten

Pferdeknecht,
ber im Langholzfahren so
wandert ist, bei freier Wohnung
und Verpflegung.

Karl Senjer, A.-G.
Sägewerk,
Herrenau, Wittbg.



Dobel,
5 Km.

Stodholz
und ein
Fahrrad
hat zu verkaufen
Carl König i. Gd.

Bezugspreis:
Jahreslich in Neuenburg
zu den. Durch die Post
in Ost- und Westdeutsch-
land, sowie im sonstigen
deutschen Reich zu 400
mit Postgebühren.
In Fällen von höherer Steuer-
last besteht kein Anspruch
auf Befreiung der Zeitung
oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Postämter, in Neuenburg
schreiben die Austräger
jedenfalls entgegen.
Korrespondenz Nr. 24 bei der
L. Sp. Postfach Neuenburg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung. Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der L. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenburg.

Nr. 290.

Neuenburg, Montag, den 11. Dezember 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 9. Dez. Auf der Tagesordnung der nächsten
Sitzung des Landtags stehen neben vier kleineren Anträgen
die Beratung des Haushaltsplans-Rochtrags über die Staats-
minister, sowie die 2. und 3. Beratung der Polizeigesetze nebst
den Anträgen des Finanz- und Polizeiausschusses. Zur 1. Be-
ratung stehen die Gesetzentwürfe über einen Zuschlag zur Woh-
nungsabgabe, über die Veränderung des Gebäudebrandversicherungs-
tarifgesetzes, über die Strafrechtsreform und über die Abänderung
des Sporttarifs, sowie die 5. Abänderung des Befol-
lungsgesetzes nebst den Ausschussanträgen. Endlich soll die
Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abg. Schmal
(Komm.) und Schuler (U.S.P.) erteilt werden, gegen den
wegen Verleumdung der württ. Regierung, gegen den
wegen Landesverrats. Voranschläglich wird die Tages-
ordnung in der zweiten Hälfte der kommenden Woche er-
teilt.

Stuttgart, 9. Dez. Am 4. Dezember hielt in Berlin der
Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei eine Sitzung
über verfassungsrechtliche und finanzielle Fragen. Der Parteivor-
stand wählte einstimmig den Abgeordneten Dr. Weisbacher
Stuttgart, den Landesvorsitzenden der württ. Bürgerpartei,
als Mitglied der Parteileitung des engsten geschäftsführenden
Auslasses der Partei.

Die Ratlage der Kleinrentner.
Stuttgart, 8. Dez. In der Nachmittagsitzung des Fi-
nanzauschusses wurde u. a. die Ratlage der Kleinrentner be-
sprochen. Ihre Zahl ist in Württemberg auf 10 000 geschätzt.
Zur Mittelung des Reichs, Landes und der Gemeinden wurden
bereits im Juni 1900 Mark, September 2000 Mark und
Oktober 2400 Mark Unterstützung gewährt, für Dezember
und Januar ist ein gleicher Betrag vorgesehen. Nach lebhafter
Beratung durch Mitglieder aller Parteien wurde ein Antrag
Ulmer-Vollsch-Schref angenommen, an die unter die Klein-
rentnerfürsorge fallenden Volksgenossen im Wege des Vor-
schusses einen Zuschuss in Höhe von durchschnittlich 5000 Mark
anzuschließen zu bringen und die hierfür er-
forderlichen Mittel zu bewilligen. Alle Parteien waren sich einig,
dass die Frage der Fürsorge für die Kleinrentner nicht zu
einer parteipolitischen Auseinandersetzung Anlass geben dürfe.

Befragungen beim Reichsernährungsminister.
München, 9. Dez. Der neue Reichsernährungsminister
Dr. Luther hat nach einer Berliner Meldung der „Münchener
Zeitung“ am vergangenen Dienstag den bayerischen Landwirtschafts-
minister Walhofer empfangen, um mit ihm die brennendsten
Tagesfragen auf dem Gebiete der Ernährung durchzu-
sprechen. Im Anschluss daran wurde der bayerische Staatspräsi-
dent Kemmle, der zugleich Ernährungsminister für Baden ist,
in der gleichen Weise im Reichsernährungsministerium empfangen.
Der bayerische Ernährungsminister lebte am Don-
nerstag nach München zurück, wird aber erneut am nächsten
Montag in Berlin erwartet, um im Reichsernährungsministe-
rium eine für Bayern wichtige Angelegenheit zum Abschluss zu
bringen.

Münchener Verhandlungen über die Säbne-Rote.
München, 9. Dez. Ministerpräsident von Kallmayer hat so-
fort nach seiner Rückkehr von Berlin die Führer der Koalition-
sparteien im bayerischen Landtag über die Verhandlungen
mit der Reichsregierung verständigt. Die Mitteilungen des
Ministerpräsidenten wurden von den Koalitionführern in vol-
lem Umfang geteilt. Der Minister setzte sich gestern in gleicher
Weise auch mit den Führern der Parteien in Verbindung,
die nicht zur Koalition gehören, da es sich um eine hochbedeu-
tende staatspolitische Angelegenheit handelt. Der Minister
wird vermutlich heute Samstag zusammenzutreten. Am Son-
nachmittag wird Ministerpräsident von Kallmayer die Er-
klärungen über die Stellungnahme Bayerns zu den Forderungen
im Staatshaushaltsausschuss des bayerischen Landtags
geben. Von einer Behandlung der Angelegenheit im Ple-
num ist zunächst abgesehen worden.

Die Rheinpfalz gegen die Randpolitik.
München, 8. Dez. Die „München-Augsburger Abendzeitung“
veröffentlicht einen Aufruf der gesamten Bevölkerung
der Rheinpfalz, der sich mit aller Entschiedenheit gegen neue
Demütigungen, die Deutschland von der Entente angedroht
werden, wendet.

Ausland.

London, 9. Dez. Ministerpräsident Poincaré ist gestern
abend in London eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von
Lord Curzon und Lord Derby empfangen. Poincaré, der um
11 Uhr abends eintraf, erklärte in einem Interview mit dem
Chefredakteur des Reuterschen Bureaus nochmals, Deutschland
habe bezahlet. Die Bürger anderer Länder sollten nicht auf-
gefordert werden, auf ihre Ansprüche zu verzichten. Bezüglich
des Ausganges der Versanner Konferenz sei er optimistisch.
Paris, 9. Dez. Der erste heute im „Daily Chronicle“
und „Daily Mail“ erschienene Artikel Lloyd Georges nimmt
klar Stellung gegen die französische Rheinlandpolitik.

Amerika behält freie Hand in der Meerengenfrage.

Paris, 9. Dez. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus
Washington: Es kann endgültig erklärt werden, dass die Ver-
einigten Staaten juristisch durch keinerlei Abmachungen ver-
pflichtet sind, sich an der Bildung einer internationalen Kontroll-
kommission in den Meerengen zu beteiligen. Man nimmt an,
dass die Haltung Amerikas erst bestimmt zum Ausdruck kom-
men wird, wenn eine gründliche Prüfung der in Lausanne
eingebachten Vorschläge möglich ist. Es hat sich noch nicht die
Zeit gefunden für einen Meinungsaustrausch über die Meer-
engenfrage zwischen dem Botschafter Child und seiner Regie-
rung. Die Erklärung, die Child am Mittwoch in Lausanne ab-
gegeben hat, wird in Washington nur als eine Vorvollständigung
seiner ursprünglichen Versicherungen und seiner Stellung-
nahme am dritten Konferenztage aufgefasst.

Uebereignung des Ezstals nach Weita.

Wie die „Morningpost“ aus Kairo meldet, hat der frühere
türkische Sultan die Uebereignung des Ezstals nach Weita
Kaufmann zu nehmen, angenommen. Der Sultan wird be-
reits in den nächsten Tagen von Malta dorthin abreisen.

Uebereignung der Schantungbahn an China.

Nach einer Savos-Meldung aus Tokio ist die Konvention
betreffend die Uebereignung der Schantungbahn durch China am
5. Dezember unterzeichnet worden. Die Uebereignung erfolgt am
1. Januar 1923.

Verhandlungen zwischen der deutschen Firma Otto Deug und der Sowjetregierung.

Aus Kiew wird geschrieben: Die deutsche Firma Otto
Deug hat sich, wie die bolschewistische Presse meldet, an das
Volkskommissariat für Außenhandel mit dem Gesuch gewandt,
in die Ukraine Motoren und alle notwendigen Ersatzteile um-
zuliefern zu dürfen. Gleichzeitig wünscht der Vertreter dieser
Firma Schmidt in Charkow eine Fabrik zu besitzen, in der die
notwendigen Ausbesserungsarbeiten ausgeführt werden können.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenburg, 11. Dez. Die Vereinigte Arbeiter-
schaft veranstaltete am Samstag in der „Eintracht“ noch eine
Versammlung, deren Besuch allerdings zu wünschen übrig
ließ, mit der Tagesordnung: Verleumdung ihrer Vertreter
über deren Tätigkeit während der letzten 3 1/2 Jahre auf dem
Kathaus. Gemeinderat Heineemann verbreitete sich in
1 1/2 stündigen Ausführungen über diese vielseitige Arbeit, die
von besonderem Verantwortungsbewusstsein Zeugnis ablegte.
Art und Weise wie Ton befriedigten allgemein, und es darf als
erfreuliches Moment festgehalten werden, daß er auch den Ver-
tretern der bürgerlichen Parteien gerecht wurde. Wir möchten
wünschen, daß immer solche Töne angeschlagen würden, man-
ches Unangenehme bliebe vermißt. Lebhafter Zustimmung
wurde ihm am Schluß seiner Ausführungen zueilt. In der
Aussprache legten sich nur die Kommunisten mit seinen Aus-
sicherungen in Widerspruch. Das Bild, das sich in dem Sin-
und Her entrollte, war in mancherlei Hinsicht lehrreich. Auf
der Seite der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hohes
Verantwortlichkeitsgefühl, auf Seite der komm. Partei Stel-
lung von Forderungen, die geradezu widersinnig waren und
selbst im Falle einer kommunistischen Herrschaft nicht durch-
geführt werden könnten. Die Abfuhr, die letztere von den
verschiedenen Rednern erfuhren, war denn auch eine recht
gründliche. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden Diet-
rich an die Angehörigen der Vereinigung zur reiflichen und
unabhängigen Abgabe des Stimmzettels der Vereinigten Ar-
beiterschaft schloß die Versammlung.

Die Gemeinderatswahl in Neuenburg.

Neuenburg, 11. Dezember 1922.
Nach einem kurzen Wahlkampf, der gegenüber jenem
von 1919 insofern abfiel, als er jegliche Geschäftigkeit
zwischen Parteien und Berufsgruppen vermied, und sich
bezüglich der Öffentlichkeit nur auf rein sachlich gehaltene
Wahlaufrufe und Empfehlungen der Kandidaten sowie auf
eine Versammlung der kommunistischen Partei, Orts-
gruppe Neuenburg, und der Vereinigten Arbeiterschaft be-
schränkte, fand am gestrigen Sonntag die Gemeinderatswahl
statt. Während vor drei Jahren der gesamte Gemeinderat
nach dem Notgesetz von 1919 zu wählen war, hatte diesmal
nur die Wahl von 8 Mitgliedern stattzufinden, die 1919 die
geringere Stimmzahl auf sich vereinigten 1919 trotzdem
geschloffen in den Wahlkampf ein Deutsche demokratische
Partei, Bürgerpartei und Vereinigte Arbeiterschaft, heuer
Vereinigte Arbeiterschaft, Bürgerliche Vereinigung und
Kommunistische Partei, Ortsgruppe Neuenburg. Den bürger-
lichen Parteien war es gelungen, durch Zusammenschluß
unter Vertretung des Gewerbevereins und des Haus- und
Grundbesitzer-Vereins geschlossen gegen die anderen Parteien
aufzutreten, ein Beginnen, das seine guten Früchte zeitigte.
Für die Zusammenstellung der Persönlichkeiten auf den
Stimmzetteln bildeten vorwiegend tatsächliche Gründe das
Leitmotiv; dies traf namentlich bei dem Stimmzettel der
Vereinigten Arbeiterschaft zu, der klug und weise alle Namen

von Personen umfaßte, die Jugkraft besaßen. Wenn troz-

dem der Stimmzettel der Bürgerlichen Vereinigung den
Sieg davontrug, so ist dies einmal auf die stärkere Wahl-
beteiligung zurückzuführen und nicht zuletzt darauf, daß die
Interessengruppe Haus- und Grundbesitzer-Verein für den
von ihm aufgestellten Kandidaten Fabrikant Beller eintrat.
Das gleiche Bestreben zeigte der Gewerbeverein, welcher als
ausgesprochenen Handwerker Schreinermeister Ferenbach der
Wahlerschaft präsentierte. Die kommunistische Partei be-
schränkte sich auf 4 Mitglieder ihrer Partei. In Wort und
Schrift wurde die Wahlerschaft zu reger Wahlbeteiligung
aufgefordert. Während 1919 von 1517 Wahlberechtigten
1120, gleich 74 Proz. abstimmten, waren es diesmal 1751
Wahlberechtigte. Abgestimmt haben 1334, gleich 76 Proz.
Ungültig waren 6 Stimmen. Die Sitzfolge der Neuge-
wählten ist: 1. Kähler, Karl, 2. Dietrich, Gottlieb, 3. Feren-
bach, Robert, 4. Beller, Georg, 5. Finkbeiner, Wilhelm,
6. Mahler, Eugen, 7. Feiner, Friedrich, 8. Pfister, Carl.
Es war ein emsiges Kommen und Gehen zu den Wahllo-
kalen am gestrigen Sonntag, das Wetter war günstig.

Das Abstimmungsergebnis, welches wir alsbald durch
eine Sonderausgabe zur Kenntnis bringen, befriedigte in
erster Linie die Bürgerliche Vereinigung, der es gelang, fünf
von ihren Leuten durchzubringen, während die Vereinigte
Arbeiterschaft mit drei Kandidaten in der Minorität blieb;
die kommunistische Partei ging mit 854 Stimmen auf vier
Kandidaten leer aus. Durch dieses Wahlergebnis ist inso-
fern eine Verschiebung zugunsten der Bürgerlichen Parteien
eingetreten, als diese nunmehr 9 Sitze gegenüber 7 der Ver-
einigten Arbeiterschaft einnehmen. Der Entscheidend bei
Stimmgleichheit, der wiederholt in der letzten Periode
durch den Vorsitzenden gegeben werden mußte, wird, immer
regere Beteiligung der Mitglieder vorausgesetzt, künftig nicht
mehr so oft zu geben sein. Erfreulich ist die außerordentlich
hohe Stimmzahl, welche Oberamtspfleger Kähler diesmal
auf sich vereinigte: 1143 Stimmen gegen 493 im Jahre 1919.
Darin darf eine Würdigung seiner stets sachlichen, gewissen-
haften und eifrigen Tätigkeit erblickt werden, die der nun-
mehr dem Gemeinderat seit etwa 30 Jahren Angehörnde
jederzeit ohne Ansehen der Person ausübte. Auch die übrigen
gewählten Kandidaten der Bürgerlichen Vereinigung
dürfen hohe Stimmzahlen verzeichnen: Schreinermeister
Ferenbach 940, Fabrikant Beller 822, Bankkassier Mahler
791, Kaufmann Pfister 744, dann folgen die Kandidaten
der Vereinigten Arbeiterschaft: Gottlieb Dietrich 683, Wil-
helm Finkbeiner 628, Friedrich Feiner 552 Stimmen. Be-
dauerlicherweise blieb das bisherige Gemeinderatsmitglied
Karl Gähler mit immerhin noch 572 Stimmen in der Mi-
norität. Wir bedauern dies auch seiner bisherigen Tätigkeit
sehr, einmal, weil seine Persönlichkeit dem Gemeinderat recht
gut angefallen wäre und weil durch ihn auch die katholische
Gemeinde einen ihre Interessen wahrnehmenden Mann ge-
halten hätte. Sache der nunmehrigen Vertreter dürfte es sein,
und wir zweifeln daran nicht, die gewohnte Toleranz in
dieser Beziehung zu üben. Bei einem Ausschreiben eines
Kandidaten der bürgerlichen Parteien wäre übrigens Herr
Gähler der nächste.

Nachstehend lassen wir das Einzelergebnis folgen: Es

erhielten Stimmen:

Kähler, Karl, Oberamtspfleger,	1143 Stimmen,
Ferenbach, Robert, Schreinermeister,	940 Stimmen,
Beller, Georg, Fabrikant,	822 Stimmen,
Mahler, Eugen, Bankkassier,	791 Stimmen,
Pfister, Carl, Kaufmann,	744 Stimmen,
Dietrich, Gottlieb, Graveur,	683 Stimmen,
Finkbeiner, Wilhelm, Gärtler,	628 Stimmen,
Gähler, Karl, Proturist,	572 Stimmen,
Feiner, Friedrich, Sensenfabrikant,	552 Stimmen,
Ohner, Ernst, senior, Großhändler,	544 Stimmen,
Gorgus, Ernst, Buchbinder,	504 Stimmen,
Broß, Ludwig, Kaufmann,	482 Stimmen,
Strahm, August, Gärtlermeister,	386 Stimmen,
Stürzinger, Carl, Schneidermeister,	316 Stimmen,
Gättinger, Robert, Schlosser,	297 Stimmen,
Naab, Ludwig, Oberstraßenmeister,	281 Stimmen,
Müller, Gottlieb, Sägereimeister,	272 Stimmen,
Lug, Paul, Kaufmann,	217 Stimmen,
Grin, Eugen, Schleifer,	209 Stimmen,
Kaupf, Jakob, Metzlarbeiter,	151 Stimmen.

Gewählt sind sonach von der Vereinigten Arbeiterschaft
Gottlieb Dietrich, Wilhelm Finkbeiner und Friedrich Feiner,
von der Bürgerlichen Vereinigung Oberamtspfleger Kähler,
Schreinermeister Ferenbach, Fabrikant Beller, Bankkassier
Mahler und Kaufmann Pfister. Für den Fall des Aus-
scheidens eines Mitgliedes während der Wahlperiode
kommen als Nachrücker in Betracht: Karl Gähler mit
572, Ernst Gorgus mit 504, Ernst Ohner sen. mit 544,
Ludwig Naab mit 482 Stimmen.

Anzeigegebühren:
Die einpolige Zeile ab-
berent Raum i. Blatt 28.-, 2.
außerhalb desselben 30.-, 3.
einwöchlig. Inseratenpreise,
Kollektionsanzeigen 100 Proz.
Jahresl. Chiffre u. Aus-
lassentheilung 15 Wt. Re-
kame-Zeile 70.-
Bei größeren Aufträgen ent-
sprechender Rabatt, der im
Falle des Abnahmevertrages
hinzuwird, ebenso wenn
Jahreszahl nicht innerhalb
4 Wochen nach Rechnungs-
datum erfolgt.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird keinerlei Ermäßigung
genommen.

Im Schwaben vereinigen sich die Anhänger der Bürgerlichen Vereinigung nach Ermittlung des Wahlergebnisses. Mit dem Danke an die Wählerschaft für das bewiesene Vertrauen und der Freude über das erhoffte Ergebnis gelobten die anwesenden neugewählten Gemeindevorstände stets der übernommenen Verpflichtungen eingedenk zu sein, in erster Linie Wahrung der Interessen der Stadt im Hinblick auf die künftigen Aufgaben angesichts unserer so schweren Zeit. Die Not der Zeit habe die Bürgerliche Vereinigung zusammengezwungen, die Bürgerliche Vereinigung werde bemüht sein, auch die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten, damit es niemals in die Lage komme, in welche das Bürgerrecht in den letzten 3 Jahren geriet. Sonderinteressen liegen ihnen fern, ihre Aufgabe werden sie darin suchen, die berechtigten Interessen aller Stände ohne Ausnahme zu vertreten, gleichviel ob es sich um Arbeiter, Gewerbetreibende oder Beamte handle.

Württemberg.

Stuttgart, 10. Dez. (Einkommensteuerfreie Spareinlagen). Durch das Einkommensteuergesetz ist die Möglichkeit gegeben, Spareinlagen zu machen, die im Steuerjahr 1922 bis zum Betrag von 16000 Mk., 1923 bis zum Betrag von 32000 Mk. vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden dürfen. Diese Vergünstigung wird gewährt bei Spareinlagen auf den Todesfall oder bei Altersrücklagen auf mindestens 20 Jahre. Die einkommensteuerfreien Einlagen werden wie andere Spareinlagen verzinst.

Stuttgart, 8. Dez. (Stuttgarter Adressbuch 1923). Für die bis zum 20. Dezember bei der Adressbuchgeschäftsstelle, Langenstraße 51, Zimmer 10, bestellten Exemplare des Adressbuchs 1923 ist ein Vorzugspreis von vorläufig 6000 Mk. festgesetzt worden. Nach diesem Termin erhöht sich der Preis auf vorläufig 7500 Mark. Der endgültige Preis wird vor der Ausgabe bekanntgegeben.

Horb, 9. Dez. (Der Tod im Eisenbahnwagen). Ein Zigarrenfabrikant von Spaichingen, der sich mit seiner etwa 15jährigen Tochter auf der Heimreise befand, wurde auf der Strecke Uttingen—Horb unwohl und starb innerhalb kürzester Frist im Eisenbahnwagen. Kurze Zeit vorher hatte der Mann mit seinem Kinde froh geplaudert. Der Verstorbene wurde nach Ankunft des Zuges in Horb ins Leichenhaus gebracht.

Balingen, 9. Dez. Bei der Gemeinderatswahl entschieden auf die bürgerlichen Parteien sechs Mandate, auf die Sozialdemokraten zwei. Die Kommunisten gingen leer aus. Stimmen erhielten die Vereinigten Bürgerlichen 6351, die Sozialdemokraten 2094, die Kommunisten 947.

Tagung des Waldbesitzerverbandes.

Stuttgart, 8. Dez. Der württ. Waldbesitzer-Verband hielt am Freitag im Hotel Bonhof seine sehr stark besuchte 5. Jahresversammlung ab, zu der die Forstdirektion, das Arbeitsministerium und das Landesbrennstoffamt ihre Vertreter entsandt hatten. Nach Eröffnung des Geschäftsberichts durch Graf Rehsberg gab Forstmeister Danneker in längerer Ausführungen einen Rückblick und Ausblick auf dem Gebiete der Forstwirtschaftspolitik. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich die Waldbesitzer zusammengeschlossen zur Wahrung ihrer Interessen. Vor allem geht das Streben der Waldbesitzer auf eine tatkräftige Vertretung der Forstwirtschaft im Parlament und bei der Landwirtschaftskammer hin. Katastrophal wirkt die Tariffrage der Reichsbahn auf den Holzverkauf. Der Wald ist zur größten Gefahr der Volkswirtschaft außerordentlich in Anspruch genommen durch die Deckung des Bedarfs an Brennholz und Wohnungsbaupholz und vor allem durch die Lieferungen an den Feindbund. Trotzdem wir durch den Friedensvertrag 10 Prozent unseres Holzes verloren haben, sollen wir jetzt den ganzen Bedarf an Holz, von dem wir früher 37 Prozent eingeführt haben, decken. Die neuesten Holzlieferungsbedingungen der Feinde würden einen ununterbrochenen Eingriff in den deutschen Wald bedeuten, wenn sie erfüllt würden. Um den Wohnungsbaun zu fördern, kommen nach Ansicht des Reichsforstwirtschaftsrats nicht Rationierungen in Holz, sondern Verkaufszuschüsse in Betracht. Die Papierverwertung ist nicht auf die hohen Holzpreise zurückzuführen, da der Waldbesitz ohne Einfluss auf die Preisgestaltung des Papieres ist. Die Ursache der hohen Papierpreise ist die Preispolitik der Papierfabrikanten. Der Waldbesitz lehnt das Gesetz über Abgabe von Holz zur Umkehrung der Not der Preise ab. Dagegen sind die Waldbesitzer bereit, durch besondere Verträge von Kupfholz für Kleinhandwerker den holzverarbeitenden Mittelstand vor der Unterdrückung durch kapitalistische Fabriken zu schützen. Die Brennholznot ist die Sorge aller. Der Wald ist nicht imstande, die Brennholznot zu beheben, die Brennholzfrage ist Kohlenfrage und kann nur in volkswirtschaftlichem Sinne geregelt werden. Sächsischland muß besser mit Kohlen beliefert werden. Der Wald muß in erster Linie Kupfholz liefern. Eine gewalttätige behördliche Regelung kann der Brennholznot nicht abhelfen. Es ist ein großer Fehler, daß der Wald die einzige Holzquelle abgeben muß für den bedrängten Staat und die Gemeinden. Im Mittelpunkt der langen und teilweise sehr erregten Aussprache stand die Brennholzversorgung und die von der Regierung beabsichtigte gesetzliche Regelung des Holzverkaufs. Der Regierungsvertreter wies die Angriffe der Waldbesitzer, die gleich von vornherein ihre Mitarbeit abgelehnt haben, scharf zurück und betonte, die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen, die freilich die Brennholznot nicht beheben könnten, aber eben nötig seien, weil die Waldbesitzer nicht alle ihre Pflicht tun. Zum Schluß der Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß der Waldbesitz den Brennholzmangel weder allein anzuleiden noch die fehlenden Kohlen ersetzen könne und jede Zwangsmassnahme als hemmend und undurchführbar zurückweise. Der Waldbesitz macht den Vorschlag, die Ausfuhr zu verbieten und Lieferungsverträge abzuschließen, anstatt Zwangsmassnahmen wieder einzuführen, die die Brennholzversorgung noch vollends rütti-r-n.

Die Milchnot der Städte.

Stuttgart, 9. Dez. Der Verband württ. Milchbedarfs-gemeinden hielt am Samstag im Rathaus hier eine Mitglieder-versammlung ab, um über die drohende Katastrophe in der Milchversorgung zu beraten. Dr. Frank eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß die Preise für Milch- und Milchergüsse sehr hoch seien und in die Städte jeden

Tag weniger Milch geliefert werde. Amtmann Högl referierte über die amtlicherseits ergriffenen Maßnahmen, die dazu dienen soll, nach Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise für Milch und Milchprodukte zu regeln, indem sie Angebot und Nachfrage vermittelt. Jedes Mitglied muß einmal wöchentlich seine Wünsche mitteilen, die gesammelt und in dem amtlichen Anzeiger für den Milchmarkt notiert werden. Der Bedarf an Butter und Käse ist viel größer als die Produktion, weshalb bei jeder Notierung Preissteigerungen zu verzeichnen sind. Da aber die Preise alle Preise, auch die höchsten Verbraucherpreise, nicht so weit ansteigen. Diese Preissteigerung ist soweit begrenzt, daß im württ. Milchgebiet ein Butterpreis von 1600 Mark für das Pfund gegen 1100 Mark in Berlin notiert wurde. Verhängnisvoll wirkt die Krise auch durch die Rückrechnung des Wertminderungspreises, durch die die Produzenten auch Anteil bekommen sollen an den Konsumturerlösen. Dr. Frank gab sodann ein Bild der trostlosen Lage der Milchversorgung der Städte. Die Zwangswirtschaft wurde aufgehoben, aber die Milchversorgung ist immer schlechter geworden. Durch die schlechte Anlieferung steigern sich die Lebenskosten im ungeheuren Maße. Trotz aller Maßnahmen ist an eine Besserung der Milchversorgung nicht zu denken, solange die Zentrifugen für Umwälzen, d. h. für Butter so hohe Preise bezahlt werden. Er verbotete seine Ausführungen in folgende Anträge an die Regierung: Da die seitherigen Milchlieferungsverträge keine Gewähr für die Erhaltung der entscheidenden Frischmilch bieten und nicht zu verhindern vermögen, daß das Zentrifugen-Anwesen, die Dampfkraft und das Verfüllern der Milch einen bedrohlichen Umfang angenommen haben, kann eine Besserung nur durch einschneidende Maßnahmen der Regierung herbeigeführt werden. Die gesamte Frischmilchversorgung muß unter Berücksichtigung des Bedarfs in der Gemeinde selbst auf eine Verflechtung der Milchabgabegemeinde zur Lieferung einer bestimmten Mindestmenge auf Grund der Anzahl und der Landw. benutzten Fläche umgestellt werden. Die Festsetzung der Preise geschieht durch Vereinbarung zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Organisationen. Alle Verarbeitungsbetriebe müssen zur Ablieferung eines bestimmten Prozentsatzes ihres Milchanteils als Frischmilch verpflichtet oder mit einer Umlage zur Verbilligung der Frischmilch belegt werden. Die Deckung von Butter und Käse ist zu kontingieren, die Ausfuhr von Butter und Käse zu beschränken. Die Butterpreisnotierung muß überwacht werden. Bei dieser Milchmangel ist es selbstverständlich, daß die Gemeinden ihre Milch auch zur Substitution bringen müssen. Da weite Bevölkerungsteile nicht imstande sind, die hohen Milchpreise zu bezahlen, andererseits aber die Städte nicht die nötigen Mittel aufbringen können, muß vom Reich die Bereitstellung ausreichender Mittel verlangt werden, um diesen Kreisen die Milch wieder zugänglich zu machen. Zur Milchverbilligung würde es auch beitragen, wenn die Sammelstellen von der Umlagesteuer befreit würden und die Bahnfrachten für Milch ermäßigt würden. In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß die Regierung eingreifen müsse durch Kontingentierung der Butterherstellung und Verbot der Butterausfuhr, sowie durch Zwang an die Gemeinden zur Milchablieferung. Es sei dringend nötig, daß die Gemeinden selbst haltbar gemacht werden, da die landw. Organisationen ihr Versprechen auf bessere Milchlieferung nicht halten. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

Die Milchnot.

Aufrufe an die Bauern fordern die Erhöhung der Anlieferung von Frischmilch nach den Städten. Klagen über die Unmöglichkeit zeigen davon, daß der Haß gegen die Bauernschaft sich vertieft, weil nicht genug Milch geliefert wird. Wie aber wird ein Teil der z. B. in Stuttgart verfügbaren Milch verwendet? In jedem Kaffeehaus erhält man den Kaffee mit Milch aus dem Tisch gestellt. Dies genügt jedoch manchen Gästen noch lange nicht. In einem Tag haben sich folgende beiden Ereignisse in bekannten Stuttgarter Kaffeehäusern abgespielt: Ein Gast weist einen Kaffee zurück, weil er mit der ihm zur Verfügung gestellten Milch „nicht weiß genug“ gemacht werden könne. Er trinke dann lieber Kaffee. Tatsächlich wurde dieser Kaffee auch zurückgenommen. — Zwei ebenfalls männliche Gäste fragten, ob die vorgefertigten Schiller-Loden Schlagen enthalten. Nein, Vaterkram, war die Antwort. Ja, dann wollten sie lieber nichts essen. War diese Herren haben sich nach einem solchen Verlangen ungestraft im Kaffeehaus weiter aufhalten dürfen. Die Vorfälle sind bezeichnend für die Tatsache, daß die Not, die uns drückt, bei weitem nicht von allen denen empfunden wird, die mit uns oder vielleicht von uns leben. Andererseits wäre ein Augenmerk auf den allgemeinen Milchmangel in der Stadt zu richten. Manche hundert Liter könnten dann wohl für Kranke und Kinder geteilt werden. Vielleicht hilft nachsichende kurze Rodenzeit aus München dazu, eine der Möglichkeiten zur Milchverbilligung aufzuheben: Mehrere Monate hindurch kürzte die Münchner Milchhändlerin Terese Schweitzer trotz vorangegangener Verwarnung durch den Bezirksinspektor die an ihre Kunden abgegebene Milch heimlich und ließ sich den vollen Verkaufspreis für das angeblich richtige Maß bezahlen. Bei einer Kontrolle wurde festgestellt, daß die Schweitzer bei 15 Liter Milch um 1,26 Liter und bei 17 Liter um 1,40 Liter ihre Kunden betrogen hatte. Vom Landgericht München wurde sie zu 14 Tagen Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Baden.

Willingen, 9. Dez. Ein überaus freches Gaunerstück verübten der 23jährige Konrad Dietz und der 20jährige Karl Scherer, beide von Willingen. Bei einem Althändler verlangten sie ein Fahrrad, um angeblich gesammeltes Altesisen in Niederrhein zu holen. Statt dorthin aber fuhren sie mit dem abnunglosen Knecht des Händlers an eine Bankstelle in Willingen und luden dort eine Kasse mit dem Wert von 2000 Mark auf, die sie dann beim Althändler dermaßen vom Wagen warfen, daß sie schwer beschädigt wurde. Voriger Woche verurteilte, stellte aber zum Schein einen Scheck über 14000 Mk. aus, den er aber sofort sperren unter gleichzeitiger Benachrichtigung der Gendarmerei. Inzwischen hatten sich die Bankräuber am Abend unter Vorgehen des Schecks in einer Wirtschaft für mehrere tausend Mark gütlich getan; als sie aber den Scheck bei einer Bank nicht eingelöst bekamen, verdüsterten sie.

Offenburg, 8. Dez. Wie leicht man heutzutage Geld verdienen kann, zeigte sich bei einer Wübelversicherung. Dort hatte ein zufällig und ohne jede Absicht dazu gekommener Fremder für einen mit 4800 Mark ausgerüsteten Regulator

überzähliger 5000 Mark geboten. Die Uhr wurde ihm tatsächlich zugesprochen, trotzdem er sie eigentlich gar nicht haben wollte. Koch war er mit dem Gedanken beschäftigt, was mit der Uhr anzufangen sei, da bietet ihm ein anderer Zeigerer 6000 Mark, gleich darauf ein zweiter 7500 Mark. Die Sache wird abgemacht, der Fremde verläßt die Versicherung und hat in drei Minuten 2500 Mark verdient. Ob er die 5000 Mark, die er für die Uhr angefordert hatte, überhaupt in der Tasche trägt, ist dabei noch fraglich.

Konstanz, 8. Dez. In einer kleinen Wirtschaft hatten zwei Freunde eine Wette abgeschlossen, innerhalb einer bestimmten Zeit je eine Gans mit einem Stollen Brot dazu zu essen. Der eine verfracht das geruhsame Federweh mit dem Brot in 55 Minuten, in welcher Zeit es der andere nur auf einen Schloß gel brachte. Der Unerfährliche hatte aber damit noch nicht genug; er verpflichtete sich, eine weitere Gans nach zwei Stunden zu essen, falls ihm diese und 10000 Mark bezahlt würden. Von dem Gelde hätten ganze Familien sich viele Tage ernähren können. Hat man denn gar kein Verständnis für die Not der Zeit?

Mannheim, 9. Dez. Bei der Stadtratswahl wurden gewählt: 10 Mitglieder der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, je 4 Mitglieder des Zentrum und der Deutschen Volkspartei, je 2 Mitglieder der Demokraten und der Kommunisten und je 1 Mitglied der Deutschen Nationalen und der Christlichen Vereinigung. 12 Vertreter der Linken stehen also 11 Vertretern der bürgerlichen Parteien gegenüber. Dazu kommen der bevollmächtigte sozialdemokratische Stadtrat Köpfer, der Oberbürgermeister und zwei Bürgermeister. Die Deutsche Volkspartei, die eigentlich nur 3 Sitze zu beanspruchen hat, erhielt den vierten dadurch, daß der Vertreter des Mittelstandes die Liste der Deutschen Volkspartei abgab.

Vermischtes.

Der furchtbare Schneesturm in der Nacht zum Freitag hat in Donautal Verkehrsstörungen schlimmster Art angerichtet, vor allem auf der Regensburger Strecke. Die Dampferbesatzungen sind umgeworfen und über die Geleise geschleudert. In Geleise selbst sind vollkommen verweht. Die gestern mittig in München fälligen Schneelagen von der Regensburger Strecke sind nicht eingetroffen. Auch im Telephonverkehr in der Stumm empfindliche Störungen verursacht. Die Leitungen von München nach Nordbavarn und nach Norddeutschland sind fast vollkommen gelähmt.

Ein Lehrer 1000-Mark fällig. Die Stadt Bielefeld hat wie der „Aufwärts“ berichtet, einen 1000-Mark fällig gemacht. Der Angaben über die Ausbesserung Deutschlands durch die Entente enthält. So ist z. B. berechnet, daß die vom deutschen Reich gewährten Sachleistungen und Geldzahlungen an die Siegerstaaten jetzt einen Zeitwert von 91 Billionen und 4 Milliarden Mark darstellen, und daß die von uns verlangten Entschädigungen in Goldmark jedesmal größer sind als die Goldgewinnung der ganzen Welt seit der Entdeckung Amerikas. Ferner findet sich auf dem Schein der Protest der deutschen Vertreter bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Der übermäßige Gewalt weisend und ohne die Kaffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben.

Das fehlt noch. Die Fälle, daß Ausländer mit außer Acht gelassenem Gelde bezahlen, mehren sich. So gab ein Amerikaner einem Schneider in Leipzig für einen Gehobol längst umgibt gewordenen Papiergeld im Betrag von 12 Dollar. Wer sich mit ausländischem Gelde nicht auskennt, sollte solches einfach zurückweisen und Zahlung in deutschem Gelde verlangen. Ansonsten aber sollte man unbedenklich Leuten Waren verabfolgen, ehe man den richtigen Gegenwert empfangen hat.

Es ist leicht bestellt mit der deutschen Ehrlichkeit. Selbst die die Vanden fremmer Taten gelöst haben und im Staatsgewalt nur noch wenig Macht hat, haben die Dichtlinge im Hamburger Hafen nachgerade einen getadeu schauerlichen Umfang angenommen. Der Ortsausschuß Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilt jetzt mit, daß große andauernde Schiffbau-Gesellschaften sich ernstlich mit den Gedanken tragen, ihre Schiffe Hamburg nicht mehr anzuweisen zu lassen, weil für die Sicherheit ihres Eigentums nicht die genügende Gewähr gegeben sei. Der Ausschuss fordert die Arbeiter auf, rücksichtslos jeden anzulegen, der im Hafen flücht, Koll unbesagt öffnet, Großschiffen in die Hände wehret, mit Schiffmannschaften gemeinschaftlich Güterbeschädigung vornimmt usw.

Des Mietes Rache. Dem Inhaber einer Mietwohnung in Budapest war vom Hauswirt die Wohnung gekündigt worden, und zwar, da der juristische Tatbestand es zuließ, mit Genehmigung der Budapest Wohnungsbehörde. Nun hatte sich der Mieter mit dem Hausbesitzer schon zuvor wegen der Renovierung der Wohnung in den Haaren gelegen, hatte aber dann jede Hilfe verweigert. Hausbesitzer nachgegeben und in Zahlung auf eigene Kosten veranlaßt. Parkettboden, Tischler, Schloffer und Glaser waren in Bewegung gesetzt worden, dazu insbesondere auch Zimmermaler, die die Wände mit neuen Tapeten mit einem besonders sorgfältigen Anstrich versehen. Die Arbeiten waren eben fertig geworden, als die amtliche Räumungsanweisung eintraf. Der Mieter war entsetzt, lief herein und dorthin; doch alles war vergeblich. Die Zeit verging, und der Termin, an dem er ausziehen mußte, rückte näher und näher. So sah er sich denn der Arme in sein Schicksal. Wenige Tage jedoch, bevor er seine Wohnung verlassen mußte, ließ er die Malergehilfen, die bei ihm gearbeitet hatten, rufen, und hielt mit ihnen eine lange und sehr eingehende Besprechung ab. Es wurde ein gewaltiges Stück Saten beschafft, aus dem nach sorgfältiger Zeichnung mehrere Schalonen geschnitten wurden. Während nun die Zimmer geräumt wurden, machten sich die Zimmermaler an ihre gewöhnliche Arbeit. Die Wohnung wurde darauf geschlossen, und der Schäffel dem Hausmeister übergeben. Nach am selben Tage kam der Hausbesitzer, um Nachfragen zu halten, ob sich die Wohnung auch in gutem Zustande befände. Entsetzen erlief ihn jedoch, als er das erste Zimmer betrat: die Wände waren tiefschwarz gefleckt, und von allen Ecken und Enden grüßte ihm große weiße Skelette entgegen. Von Angst ergriff, ließ er in das nächste Zimmer, in das dritte und vierte, aber überall derselbe grauenhafte Anblick: schwarz harrende Wände und großer weißer Skelette, die dem Eintretenden hämisch entgegengrinsten. Der Fall wird sicher noch ein richterliches Schauspiel haben, und es ist anzunehmen, daß die Kosten des Schadens dem ehemaligen Mieter zufallen.

ein Dampfer bei ei...
von Bilbao hieße...
ein Lebensgefährte...
sicheren wurde auch...
hiesiger Schneesturm...
Cyber dieser Unvor...
einem Schuß getrof...
der Kapitän des Schiff...
Name der Besatzun...
sich werden.

**Ungebrechliche Per...
einen Gummi bei...
und dabei so elastisch...
Gummi. Die Festst...
beim hergestell...
über aber allen, die...
jittern, bringe...
Gewalt gegen ein...
wird wieder unverf...
ist es möglich, ...
zu stellen, indem man...
et, aber es entstehen...
ausbreiten. Auf...
Gummi noch zu...
So ist er z. B. ...
vollkommen wass...
nach Badelappen aus...
überhaupt nicht ...
von der Wasser schä...
Die Unversehrtheit in...
Staaten fand i...
genen worden gegen...
gaben haben für 1921...
Korben pro Tag. Alle...
und Chicago, ber...
die unerschütterlich...
Gesamtheit. Bei 90...
Korben Revolver ob...
haben immer noch ...
über das Wasser...
schwer, sehr lag sind...
weise, und zwar mit...
wird, das im letzten...
von 10 168 Personen...
die mehr als im Jahr...
wurde mit 1632 Auto...
mehr als im Jahr...**

Haub...

Chingen a. D., 9. Dez. waren zugef...
Zahl Jungweib und...
250 000, Reihe 130...
00 000, Jungweib 1...
00 000 Mark. Auf de...
Wasser und 16 Mutte...
für Hertel betrag...

Langenau, 9. Dez.
Jahrenalter, 24 R...
abgesetzt 88 Stück...
zu hohen Preisen. M...
Silbern 60 000 bis 100...
20 000 Mark, bei Kal...
Jungweibern 65 000—...

Hall, 9. Dez. 40...
wurden: 6 Dohlen zur...
über zum Preis von...
Drohnel zum Preis...
Stück. Der Handel...
Preis. Die...
1. Dezember den Richt...
5 000 auf 56 000 Mar...
an, Stadt zu Kosten...

Wirtsch...

Geldmarkt.
Er genau wie vor ach...
des Geldmarktes in d...
pündert. Es gab un...
und 500 Punkte über...
bewegen, aber eine...
für wor sie nicht...
für entfehlenden...
weiteren Entwicklung...
die Politik, die zur...
berührt, läßt bei un...
immer schwerer, Geis...
heurer, denn die Warte...
entlangt. Am...
in Zürich 0,0655 (am...
bedeut 0,030 1/2 (0,3...
0,485) Kronen; in...
Kronen und in Newy...
Börse. Auch in...
auf Fremde unter der...
halten, um Geld zu...
Einschränkung des...
wird nicht bewälti...
Mittel kommt am...
Jalles, mindestens...
weder zahlreiche Kap...
Rechtsverträgen und...
Ansprüchungen betr...
Produkte in...
und Woche über an...
und nicht viel, höher...
bewegen, weil man...
und sich selbst, mehr...
haben Bedarfs nötig...
Beigen 35 600 (blau...
vergrößer 13 000 (—...
—100) und Wehl 16...
Montag in Stuttgart...



Solidarität untergeordnet werden müsse. — Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß große Hoffnung besteht, daß die Konferenz zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluß kommt.

Paris, 10. Dez. Ueber den Verlauf des gestrigen ersten Tages der Verhandlungen der Ministerpräsidenten in London glaubt Davaas, obwohl alle Delegationen strenges Stillschweigen beobachteten, mitteln zu können, es scheine, daß der französische Standpunkt dahin formuliert werden könne, daß Deutschland erstens für zwei Jahre Zahlungsausschub für Goldzahlungen gewährt werden solle. Während dieser Zeit müßten aber die Sachlieferungen, wenn auch in verringertem Maße, durchgeführt werden. Die deutsche Regierung müsse in kurzer Frist gesetzliche Maßnahmen erlassen, um die deutschen Finanzen zu sanieren. Ein Kredit von einer halben Milliarde Goldmark, wozu eine gleich große Summe aus dem Goldbestand der Reichsbank kommen müsse, solle Deutschland zur Stabilisierung der Mark zur Verfügung gestellt werden. Um eine Bürgschaft für die Ausführung dieser Reform zu besitzen, müßten die Alliierten 25 Prozent von den deutschen Ausfuhereinnahmen erheben, sowie die Bergwerke des Ruhrgebietes kontrollieren.

Der italienische Ministerpräsident überreichte, wie Davaas weiter berichtet, der Konferenz eine Note, in der er die Niederzeugung ausdrückt, daß man Deutschland zum Zahlen zwingen könne und daß, wenn ein Zahlungsausschub gewährt werden müsse, dieser nur gegen gewisse Bürgschaften erfolgen dürfe. Er sei jedoch Gegner militärischer Druckmittel und weise auf die Notwendigkeit hin, die Verpflichtungen Deutschlands neuerlich nachzuprüfen. Man müsse Rücksicht nehmen auf die allgemeine Lage Europas, die einen Ausgleich erfordere.

Der belgische Ministerpräsident Theunis sprach sich zugunsten der französisch-englischen Solidarität aus, die für den Weltfrieden notwendig sei.

Bonar Dav kritisierte die Vorschläge des französischen Ministerpräsidenten in sehr gemäßigter Form. Er betonte, daß die Aufrechterhaltung der Entente eine grundlegende Notwendigkeit sei. Er müsse aber auch mit der öffentlichen Meinung in Großbritannien rechnen, die in ihrer Mehrheit jeder Zwangsmassnahme gegen Deutschland feindselig gesinnt sei. Auch England leide stark unter den Folgen des Krieges. Es sei weit davon entfernt, das Deutsche Reich von seinen Verpflichtungen befreien zu wollen. Es wolle Zahlungen erlangen, aber im Rahmen des Möglichen. Die gegenwärtige englische Regierung werde einer verständigen Kontrolle der deutschen Finanzen zustimmen, sicher auch die Erhebung von 25 Prozent vom Wert der deutschen Ausfuhr und der Zollentnahmen zulassen.

Weiter berichtet Davaas, die Verhandlungen schienen bei der Erörterung des Reparationsproblems gehen über diese allgemeine Auseinandersetzung nicht hinausgegangen zu sein. Die Annahme habe wahrscheinlich jedoch etwas für sich, daß von britischer Seite erste Anstrengungen unternommen würden, um eine Beschlagnahme der Kohlengruben im Ruhrgebiet zu verhindern und diesen Maßnahmen nur den Charakter eines Bandes zu verleihen. Sie solle aber als eine vorweg bestimmte Sanktion aufgefaßt werden, wenn sich das Deutsche Reich der Sanierung der Finanzen entziehen sollte.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde nach Davaas die Frage der alliierten Schulden angesprochen. Bonar Dav gab in dieser Beziehung eine besonders interessante Erklärung ab. Er versicherte, daß die britische Regierung, ohne die amt-

lichen Absichten der Vereinigten Staaten abzuwarten, den Antrag der Summen zu bewilligen bereit sei, die die alliierten Mächte England schulden, und zwar als Ausgleich für die Schatzkassen der Serie C. Voraussetzung hierfür sei, daß ein solches Opfer zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne.

Davaas sagt hinzu: Anscheinend eröffnen sich nach dieser Richtung hin neue Möglichkeiten hinsichtlich der Liquidierung der europäischen Passiven, deren Erörterung die Balfour-Note im August verhinderte. Zum Schluß sagt Davaas, wie man sehe, sei die französische und die britische Auffassung noch weit von einander entfernt. Aber im Gegensatz zu den letzten Konferenzen könne man eine allgemeine Lösung erhoffen, da die Beratungen mit gutem Willen fortgesetzt würden.

Das Damallesschwert.

London, 11. Dez. Nach dem „Observer“ sei Frankreich bereit, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, jedoch unter der Bedingung, daß Zwangsmittel dahinterstünden. Dieser Zwang würde angewendet werden beim ersten Versuch Deutschlands, die Maßnahmen zu treffen, die notwendig seien, um die deutschen Finanzen zu stabilisieren. Er würde die Form einer Beschlagnahme der deutschen Zölle und des Ruhrgebietes annehmen. Außerdem bestünde die Bedingung auf einer formellen Streichung der alliierten Schulden als Vorbedingung einer Ermäßigung der deutschen Schuld. Die Konferenz sei, wie der „Observer“ weiter, mit der Erklärung eingeleitet worden, daß Deutschland ein Moratorium gewährt werden müsse. Dann ist erwogen worden, für wie lange Zeit und unter welchen Bedingungen das Moratorium gewährt werden solle. Zuletzt ist die Frage der Ermäßigung der gesamten Verpflichtungen Deutschlands erörtert worden.

Wir bitten alle Kreise der Bevölkerung um reichliche Beisteuer zu dem Hilfswerk

Heimatnot,

durch welches allen unverschuldet in Not geratenen Volksgenossen, insbesondere den bedürftigen Alten, eine spürbare Hilfe gebracht werden soll.

Gaben nehmen alle Pfarrämter und Schultheißenämter entgegen. Bezirks sammelstelle ist die Oberamts Sparkasse Neuenbürg.

Neuenbürg, den 28. November 1922.

Bezirkswohltätigkeitsverein:
Dekan Dr. Megerlin.

BREMEN



**AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN**

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzüglich. Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen.

Reisegepäck-Versicherung

Näheres Auskunft durch

**NÖRDEUTSCHER
LLOYD**
BREMEN

in Neuenbürg: Theater-Platz, Hauptstraße
in Stuttgart: Passagierhaus, Königplatz,
Sondervermittlung 6. Norddeutscher Lloyd,
Königsplatz 11

Komme dieser Tage nach dort und laufe alle

Gebisse,

zahlte für jeden brauchbaren Zahn bis

Mark 600.—

für Stützähne ganz enorme Preise.

Schriftliche Adressenabgabe an die Geschäftsstelle des „Enzälers“ erbeten.

Wildbad.

Wolfshund

(Rüde) zu verkaufen.

Hilb Schmid,
Ercandenbergstraße 30.

Wärtl. Zmsogeriast Neuenbürg.
Vereinsregister-Nummer vom 4. Dezember 1922: Gesangsverein Notensol, Sitz: Notensol.
Den 7. Dezember 1922. Obersekretär Dürr.


Neuenbürg.

Weihnachts-Bitte.

Es ist beabsichtigt, in bisheriger Weise den zahlreichen Patienten im Bezirkskrankenhaus eine Freude zu bereiten durch Veranstaltung eines Weihnachtsabends mit Gabenverteilung. Freunde und Gönner der Sache werden um milde Gaben gebeten, zu deren Annahme bereit sind: die Kranken-schwester und Oberamtspfleger Kähler.

Gemeinde Unterlengenhardt.

Stammholz-Verkauf.



Am Samstag, den 16. Dezember 1922 kommen auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

20,73 Festmeter	1. Klasse,
47,61 "	2. "
31,57 "	3. "
9,15 "	4. "
6,87 "	5. "
0,23 "	6. "

Sägholz circa 4,33 Festmeter.

Die verschlossenen, vom Bieter unterzeichneten Angebote wollen in Prozents der Landeogrundpreise vom 1. Nov. 1922 spätestens am 16. Dezember, abends 6 Uhr, auf dem Rathaus eingebracht werden.

Zahlungsstermin: Die Hälfte sofort, den zweiten Teil nach vier Wochen, Ab-12 Uhr günstig.

Den 8. Dezember 1922.

Gemeinderat.

Prima Gerste und Melasse

empfehlen

Gebr. Schlenderer, Unterreichenbach,
T.-1.-fon 2.

Der **Strämermarkt** findet am **Mittwoch, den 13. Dezember 1922** statt.

Der **Vieh-, Pferde- und Schweine-Markt** fällt aus.

Calw, den 7. Dezember 1922.
Stadtschultheißenamt: Gäßner.

Für das Baby!

Badetücher, Mullwindeln, Nabelbinden, Moltontücher, Durchsteck-Wickelbänder, Hemdchen, Strümpfchen, Strick-Jäckchen, Strickhöschen, Kleidchen, Schuhchen, Lätzchen, Lutschnplatten, Ueberjäckchen, Mäntelchen, Wagentdecken, Wagentkissen.

Kaufhaus H. Müller, Herrenalb,
zwischen Hotel Sonne und Hotel Kull.

... alle mit einem Wort **Bleyle's Knaben-Anzüge** sind nicht nur schön, sondern **unübertroffen!**



Verkaufsstelle in Herrenalb:
Erhard Kürbie.

Versteigerung
Mittwoch, den 13. Dezember, mittags 12 1/2 Uhr, im **Spezial:**

1 Prüfschwenwagen mit Aufsatz z. Bündelholz, zwei Laugholzswagen, 1 Leiterwagen, 2 eichene Reitern, 1 Holzschlitten mit Anhängen, 1 Herrenschlitten, Winden, Ketten, Griffe, 50 St. Gatterjägen mit Anfassung, 1 Hochgangläge, 1 Stanze zum Sägen ansetzen, verschiedenes Fuhr- und Sägewerkgeräte, Kammset, Brustgeschirre.

Eugen Haubensak, Döbel.

Gesichts-Gausschlag

Wohlthätiger, Medizinisch-physiologischer, schnell, wenn man den Guss von Zucker's Patent-Medizin bald eintrifft, wenn man sich mit Zucker's morgen abends mit Zucker's Creme abstrichen. Wirkung: In allen Krankheiten, Drüsen, Gicht, Rheuma u. Gelenksentzündungen.

Berlora

ging ein schwarzer Belu am Sonntag, den 10. d. Mts. auf dem Wege von Neuenbürg nach Gräfenhausen. Der redliche Finder wird gebeten, denselben gegen eine Belohnung in der „Enzäler“-Geschäftsstelle abzugeben.

Calmbach, 35 Sad

Roman-Zement

hat zu verkaufen oder gegen Kartoffel oder Hühnerfutter zu verkaufen.

Adolf Hepp.

Wildbad.

Nähmaschine (Singer), **Fahrrad**, **Schwarzw. Uhr**, **Wohnzimmer-Schrank**, **Feder-Casche**, **Leinen-Kragen** (Größe 36 und 37), zu verkaufen. **Willa „Tannenbürg“.**

Birkenfeld.
Einige Jeniner

Haferstroh, **Ziege** verkauft **Beiler, Wärtner.**

Schömburg.
Sehe eine 32 Wochen trüchtige **Fahr-Rub** dem Verkauf aus. **Zalkstraße 26.**

Hand-Datumsstempel für Konzessionen und Büros sind sofort lieferbar.
G. Meeschke Buchdrucker.

Bezugspreis:
London, 11. Dez.
Der Reichsanstalt für...
London, 11. Dez.

Ne 291.
Der Reichsanstalt für...
London, 11. Dez.

Der Reichsanstalt für...
London, 11. Dez.

Der Reichsanstalt für...
London, 11. Dez.

Der Reichsanstalt für...
London, 11. Dez.

Der Reichsanstalt für...
London, 11. Dez.

Der Reichsanstalt für...
London, 11. Dez.